

G7-Gipfeltreffen und Sozialklausel

Die Reaktionen auf das G7-Gipfeltreffen im April beinhalteten eine Kritik an dem Vorschlag der G7-Länder, auf der Welthandelskonferenz (WTO) in Singapur im Dezember eine verbindliche sogenannte Sozialklausel für Arbeitsbedingungen in der ganzen Welt einzuführen. Für die Regierung Singapurs ist das ein Protektionismus durch die Hintertür und sie teilt mit ihren Partner in ASEAN ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Motiven und anderen Vorschlägen zum Schutz der Menschenrechte, die aus dem Westen kommen.

vgl. ST 6.4.1996

Kriminalitätsrate

Die Gesamtkriminalitätsrate in Singapur sinkt seit sieben Jahren und hat innerhalb des letzten Jahrzehnts den niedrigsten Stand erreicht. Die Polizeibehörde warnt jedoch vor Selbstzufriedenheit und weist darauf hin, daß bei einigen Vergehen die Rate gestiegen ist. Dazu gehören Vergewaltigung, Verletzung des Schamgefühls und Mord. Allerdings ist nach einer Untersuchung einer Beratungsfirma zu politischen und wirtschaftlichen Risiken in Hongkong, Singapur das sicherste Land in Asien.

vgl. ST 9.3.1996; ST magazine, Mai-Juni 1996;

Reaktionen auf ASEM

Dem Asien-Europa-Gipfeltreffen (Asia Europe Summit = ASEM) in Bangkok im März gelang es, Diskussionen über kontroverse Themen zu vermeiden und Fortschritte bei Projekten von "gegenseitigem Interesse" zu machen. So wurde es zumindest im Leitartikel der Straits Times gesehen. Er erkennt den Auslöser für ASEM in den ökonomischen Motiven: Europas Handel mit Asien ist größer als mit den USA. Er fährt fort: "Langfristig können sich ASEM und APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) nicht nur als bewährte Zugänge zum Rest der Welt herausstellen, sondern auch als externe Projektionen, die ein konzertiertes Vorgehen Asiens stabilisieren, dessen Grundtöne Kooperation und Zusammenarbeit anstatt Konfrontation und Eindämmung sein könnten."

vgl. ST 9.3.96

Entlastung für die Lees

Premierminister Goh Chok Tong hat seinen Vorgänger und "Senior Minister", Lee Kuan Yew, und dessen Sohn und stellvertretenden Premierminister, Lee Hsiong Loong, von Vorwürfen eines unrechtmäßigen Vorgehens bei der Annahme eines unaufgeforderten Preisnachlasses beim Kauf von zwei Eigentumswohnungen entlastet. Dieser Preisnachlaß wurde von der Hotel Properties Ltd. gewährt und wurde zum Gegenstand einer Untersuchung durch die Börse Singapurs und beunruhigte die Regierung. Die Entscheidung zu einer Erklärung, daß es keinerlei "Unregelmäßigkeiten" gab, wurde in der Zeit gemacht, als Lee Kuan Yew gerade von seiner zweiten Herzoperation genas.

vgl. ST 18.5.1996

- Anzeige -

das neue China

Zeitschrift für
China
und Ostasien

erscheint vierteljährlich

Themen der
letzten Hefte

- 1/95 Freizeit
- 2/95 Frauen
- 3/95 Technik
- 4/95 Architektur/Stadtplanung
- 1/96 Kultur modern

Themen der
nächsten Hefte:

- 2/96 Kulturrevolution
- 3/96 Flora
- 4/96 Ländliches Leben
- 1/97 Gesundheit

außerdem
Nachrichten und
Berichte über
Politik
Wirtschaft
Kultur
Literatur
Umwelt
Alltag

Einzelpreis DM 7
Jahresabo DM 28
zu beziehen über:

Wenz & Antonin GmbH
Verlag für Medizin und Umwelt

Schwanenwall 2
44135 Dortmund

Frauen-Charta

Die Vorschläge zur Ergänzung der Frauen-Charta wurden einem Sonderausschuß des Parlaments zur weiteren Beratung übergeben. Die Veränderungen werden Gesetze in Bezug auf Ehe und Familie, den Schutz vor Gewalt in der Familie, die Gütertrennung im Scheidungsfall und die Durchsetzung von Unterhaltsverpflichtungen betreffen.

vgl. ST 4.5.1996



Ex-Premier Lee Kuan Yew:
Entlastet aus: FEER v. 9.5.96, S. 22

Gesetz über Vorausverfügungen im Krankheitsfall

Im April verabschiedete das Parlament in Singapur ein Gesetz über Vorausverfügungen im Krankheitsfall (Advance Directive Bill), nach dem bei unheilbaren Krankheiten eine medizinische Behandlung eingestellt werden kann, wenn ein Patient dies ausdrücklich im voraus schriftlich verfügt hat. Vorkehrungen gegen Mißbrauch sind im Gesetz vorgesehen und die Anwendung des Gesetzes wird kontinuierlich überprüft, wobei angemessene Veränderungen nach gemachten Erfahrungen vorgenommen werden sollen. Das Gesetz wurde vor seiner Verab-

schiedung lange und ausführlich in der Öffentlichkeit diskutiert. Dabei wurde herausgestellt, daß es sich dabei um eine dringende Angelegenheit angesichts der Tatsache handelt, daß mehr als 20 % der Bevölkerung Singapurs im Jahr 2020 über 65 Jahre alt sein wird.

vgl. ST 4.5.1996